



Empfehlungen des Deutschen Vereins zur lokalen Familienzeitpolitik¹

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
1 Familienzeitpolitik – ein Gewinn für alle	5
1.1 Familien in Zeitnot	5
1.2 Was will Familienzeitpolitik?	7
1.3 Gewinner von Familienzeitpolitik.....	8
2 Methodische Herangehensweise an lokale Familienzeitpolitik	10
2.1 Initiative ergreifen.....	11
2.2 Handlungsbedarf konkretisieren und Gestaltungsmöglichkeiten ermitteln.....	11
2.3 Lokale Bündnispartner gewinnen.....	12
2.4 Partizipative Maßnahmen entwickeln	13
2.5 Gemeinsame Umsetzung moderieren und steuern	13
2.6 Bilanzieren und neue Ziele setzen	14

¹ Verantwortliche Referentin im Deutschen Verein ist Dr. Alexandra Krause. Die Empfehlungen wurden in der Arbeitsgruppe „Lokale Familienzeitpolitik“ erarbeitet, im Arbeitskreis „Familienpolitik“ und im Fachausschuss „Jugend und Familie“ beraten und am 11. Juni 2013 vom Präsidium des Deutschen Vereins verabschiedet.

3	Familienzeitpolitische Ansätze und Maßnahmen.....	14
3.1	Infrastrukturpolitische Ansätze – Ausbau einer zeitsensiblen Infrastruktur	15
3.1.1	Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche	15
3.1.2	Pflegegerechte Infrastruktur	16
3.1.3	Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen	18
3.1.4	Lokale Anlaufstellen für Familien	19
3.1.5	Zivilgesellschaftliches Engagement ausbauen.....	20
3.2	Zeitsynchronisation – Passgenauigkeit der Taktgeber erhöhen	21
3.3	Verbesserung der Mobilität – Verkürzung von Wegezeiten.....	21
3.4	Bildungsbezogene Ansätze – Stärkung der individuellen Zeitkompetenz.....	23

Vorbemerkung

Familien sind die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Sie legen die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, indem sie die Generationenfolge sichern, die wichtigste Sozialisations-, Erziehungs- und Bildungsinstanz für Kinder sind, sich um das physische und psychische Wohlergehen ihrer Familienmitglieder kümmern, in die Bildung und Ausbildung von Kindern investieren und die Basis lebenslanger Generationensolidarität schaffen. Familiäre Sorgearbeit braucht Unterstützung durch Zeit, Geld und Infrastruktur.² Auf europäischer Ebene hat der dem Europarat zugehörige Kongress der Gemeinden und Regionen bereits im Oktober 2010 in einer Empfehlung³ und einer Entschließung⁴ für eine aktive Zeitplanungspolitik auf allen Regierungsebenen plädiert. In Deutschland hat sich zuletzt der 8. Familienbericht für „Familienzeitpolitik“ als eigenständiges politisches Handlungsfeld ausgesprochen und Empfehlungen für die Umsetzung zeitpolitischer Maßnahmen auf lokaler Ebene gegeben.⁵

Gleichwohl ist Familienzeitpolitik in Deutschland ein noch junges lokales Politikfeld und damit eine neue Gestaltungsaufgabe. Ziel der vorliegenden Empfehlungen ist es, ein Bewusstsein für den zeitsensiblen Unterstützungsbedarf von Familien zu wecken und erste Wege aufzuzeigen, wie die zeitlichen Belastungen von Familien durch lokale Unterstützungsmöglichkeiten entschärft werden können. Dabei geht es weniger um den Aufbau weiterer Strukturen, sondern vor allem darum, schon vorhandene Möglichkeiten und bestehende Strukturen zeitpolitisch zu nutzen und weiterzuentwickeln. Insgesamt gilt es daneben auszuloten, wie sich das Verhältnis von privater und gesellschaftlicher bzw. öffentlicher Verantwortung für die Lösung von Zeitkonflikten gestaltet. Denn die Zeitplanung von Familien wird auf der einen Seite maßgeblich durch die persönlichen Präferenzen und privaten Entscheidungen der Familienmitglieder über ihre Zeitverwendung beeinflusst. Die Arbeitswelt, Dienstleistungsanbieter, Spezifika der Wohnumgebung, die Verkehrspolitik vor Ort und weitere Faktoren geben Familien auf

² Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin 2006, S. 9–10.

³ Kongress der Gemeinden und Regionen: Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll? Empfehlung 295 (2010).

⁴ Kongress der Gemeinden und Regionen: Soziale Zeit, Freizeit: Welche lokale Zeitplanungspolitik ist sinnvoll? Entschließung 313 (2010).

⁵ Achter Familienbericht: Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Berlin 2012.

der anderen Seite aber auch klare Zeitstrukturen vor. Für Familien können sich daraus nur schwer oder nicht miteinander vereinbare zeitliche Anforderungen ergeben. Diese Zeitstrukturen sollen unter dem Gesichtspunkt einer familienförderlichen Zeitpolitik in den Blick genommen werden.

Auch wenn die Berufstätigkeit der Sorgeverpflichteten einer der entscheidenden Taktgeber für die Gestaltung des Familienlebens ist, soll die in diesem Zusammenhang bestehende Verantwortungsverteilung – und damit auch die Verantwortung der Kommunen in ihrer Rolle als Arbeitgeberinnen – in den vorliegenden Empfehlungen nicht behandelt werden. In seinen „Empfehlungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben“ hat sich der Deutsche Verein bereits 2009 mit dem Handlungsfeld der zeitpolitischen Familienförderung befasst und sich für eine zeitsensible Gestaltung der lokalen Ebene ausgesprochen.⁶ Während er sich darin auch explizit zur Verantwortung der Arbeitgeber/innen für die Zeitgestaltung von Familien geäußert hat, wollen die vorliegenden Empfehlungen den Mehrwert von „Zeit für Familie“ in der kommunalen Familienpolitik aufzeigen, zeitpolitische Ansätze auf lokaler Ebene vorstellen und mehr Kommunen in Deutschland für die Umsetzung zeitpolitischer Angebote und Maßnahmen gewinnen.

Diese Empfehlungen richten sich zunächst an alle Akteure im lokalen Raum. Da lokale Lebensbedingungen oft auch von übergeordneten Regelungen abhängig sind, richten sie sich aber auch an die familienpolitischen Akteure des Bundes und der Länder. Dem Deutschen Verein ist bewusst, dass die regionalen Gegebenheiten je nach Kommune stark variieren. Insbesondere zwischen städtischen und ländlichen Räumen gibt es große Unterschiede. Der ländliche Raum steht dabei vielerorts vor spezifischen Herausforderungen, wenn es darum geht, Familien bei der Lösung ihrer Zeitkonflikte zu unterstützen. Die Lösungswege werden nicht denen im städtischen Raum entsprechen und sich in Maß und Weise unterscheiden. Die vorliegenden Empfehlungen sollen auch Orientierungshilfen dafür bieten, wie familienzeitpolitische Maßnahmen diese Unterschiede berücksichtigen können.

⁶ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 513 ff.

1. Familienzeitpolitik – ein Gewinn für alle

1.1 Familien in Zeitnot

Im eng getakteten Alltag zwischen Erwerbsleben, Ausbildung, Kinderbetreuung, Schule, Haushalt und ggf. der Pflege Angehöriger stehen Familien vor der Aufgabe, ihren Tag bestmöglich zeitlich zu koordinieren, zu gestalten und zu bewältigen. Dabei ergeben sich gemeinsame Familienzeiten nicht automatisch, sondern sie müssen aktiv hergestellt werden. Die Verwendung und Gestaltung von Zeit liegt vorerst in der privaten Verantwortung und Selbstbestimmung jeder Familie selbst. Bei der Zeitgestaltung geraten die Notwendigkeiten der Familienmitglieder jedoch immer wieder mit den zeitlichen Vorgaben wichtiger lokaler Taktgeber in Konflikt. Von außen gesetzte, durch die Familien nicht beeinflussbare Zeiten verringern die Flexibilität und setzen der selbstbestimmten Zeitgestaltung Grenzen. Sie führen immer wieder zu erheblichen zeitlichen Belastungen und Zeitkonflikten.

Fast drei Viertel der Eltern von Kindern unter 16 Jahren wünschen sich, in der Woche mehr Zeit für die Familie zu haben.⁷ 63 % der Eltern fühlen sich im Alltag v.a. aufgrund ihrer Mehrfachbelastung durch Familie und Beruf unter Druck.⁸ Familien brauchen Zeit, um Kinderwünsche realisieren, emotionale Bindungen zueinander aufbauen, als Familie leben und generationenübergreifende Fürsorge- und Pflegeverantwortung übernehmen zu können. Wichtig sind nicht nur Zeiten der gemeinsamen Anwesenheit aller Familienmitglieder, sondern auch Zeiten für Partnerschaft und Zeiten der Familienmitglieder für sich selbst. Vor allem Frauen „sparen“ im Alltag häufig Zeit auf Kosten ihrer eigenen Regeneration.⁹

Der 8. Familienbericht betont, dass Zeit in Deutschland nicht per se knapp ist. Allerdings leiden Familien in bestimmten Lebensphasen und Familienkonstellationen unter tatsächlichen Zeitkonflikten. Die Erwerbsarbeit bildet dabei einen der bestimmenden Taktgeber, ohne dessen Berücksichtigung eine zeitsensible Familienpolitik nicht denkbar

⁷ Allensbacher Archiv: Monitor Familienleben 2012, S. 27.

⁸ Scoyo-Elternstudie: Entspannte Eltern, entspannte Kinder. Forsa-Umfrage im Auftrag des Online-Lernportals Scoyo, Focus Schule 4/2012, S. 22–27.

⁹ Allensbacher Archiv: Monitor Familienleben 2012, S. 26.

ist. Der Deutsche Verein hat in der Vergangenheit bereits Empfehlungen an Arbeitgeber/innen gerichtet, die auf die Steigerung ihres Familienbewusstseins abzielen und auf die in diesem Zusammenhang verwiesen sei. Darin wurden auch zeitpolitische Aspekte bereits thematisiert.¹⁰ Wichtige Taktgeber außerhalb der Familien sind daneben vor allem Schulzeiten und die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten. Innerhalb von Familien stellen die zeitlichen Anforderungen, die mit dem Betreuungsbedarf der Kinder oder pflegebedürftigen Angehörigen verbunden sind, wichtige Taktgeber in der Zeitplanung der Familien dar. Die Art der Zeitprobleme, die Familien lösen müssen, variiert erheblich mit ihrer Lebenslage und ihren sozialen Verpflichtungen. So haben nicht-erwerbstätige Eltern im SGB II-Bezug oft relativ viel Zeit. Sie sollten dabei unterstützt werden, diese zu strukturieren und zu füllen – eine Situation, die sich ebenfalls als belastend erweisen kann.¹¹ Zu den Familienkonstellationen, unter denen die Familienmitglieder vielfach große Zeitnöte haben, gehören Mehrkindfamilien, Alleinerziehende und Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind. Aber auch Frauen und Männer, die Pflege und Erwerbsarbeit miteinander in Einklang bringen müssen, und Familien in besonderen Lebenslagen (z.B. Pendler/innen oder neu hinzugezogene Familien) sehen sich häufig hohem Zeitdruck und Zeitkonflikten ausgesetzt.

Bislang bleiben sich Familien in dem Versuch, ihre Termine und Wegezeiten so zu koordinieren, dass genügend Zeit für die Familie bleibt, weitgehend selbst überlassen. Da heute oft beide Elternteile erwerbstätig sind, entfällt die häusliche „Scharnier- und Pufferfunktion“¹², die in der Vergangenheit insbesondere nicht-erwerbstätige Frauen erfüllt haben. Gleiches gilt für erwerbstätige Alleinerziehende. Dennoch wird im lokalen Umfeld von Familien immer wieder davon ausgegangen, dass vor allem Mütter bei Bedarf eben diese „Pufferfunktion“ übernehmen – was sich dann auch in der Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern niederschlägt, die gerne mehr arbeiten würden.

¹⁰ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 520 ff.

¹¹ Laut dem 7. Familienbericht erweist sich ein unfreiwilliges Zuviel an Zeit in von Erwerbslosigkeit betroffenen Familien häufig als Problem, wenn im zeitlich desorganisierten Alltag Zeitkompetenzen fehlen, die Zeit sinnvoll zu strukturieren (7. Familienbericht, S. 226 ff.). Auch diese Familien werden im vorliegenden Papier als zeitlich belastete Familien verstanden, für die vor Ort eigene, auf ihre Bedarfe zugeschnittene Angebote bereitgehalten werden sollten.

¹² Siebter Familienbericht: Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin 2006, S. 209.

1.2 Was will Familienzeitpolitik?

Familienzeitpolitik zielt darauf ab, Familien zeitlich zu entlasten. Sie nimmt daher die Zeitstrukturen in den Blick, die sich aus dem Zusammenspiel der zentralen *Taktgeber* des Familienlebens vor Ort ergeben. Aufgabe lokaler Zeitpolitik ist es, bestehende Spielräume dieser Taktgeber auszuloten und Bedingungen zu schaffen, mit denen extern bedingte Zeitkonflikte von Familien – soweit wie unter den lokalen Gegebenheiten möglich – entschärft werden. Zu den relevanten externen Taktgebern gehören alle Akteure, die mit ihrer eigenen *Zeitlogik* – d.h. Arbeitszeiten, Öffnungs- oder Verkehrszeiten – und mit ihren Dienstleistungen Einfluss auf die Zeit nehmen, die Familien pro Tag oder Jahr, aber auch im Lebensverlauf zur Verfügung steht. Werden existierende Infrastrukturen so umgestaltet, dass sie zur Entschärfung der Zeitkonflikte von Familien beitragen, steigt die Souveränität der Familienmitglieder in ihrer Zeitverwendung. Auf diese Weise wächst auch der Zeitwohlstand von Familien.¹³ Familienzeitpolitische Instrumente sollten den Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigen und Familien darin unterstützen, in ihrer Zeitplanung den Wünschen und Notwendigkeiten beider Partner/innen gleichberechtigt gerecht zu werden.

Während *Zeitpolitik* die strukturellen Ursachen von Zeitkonflikten in den Blick nimmt, bezeichnet *Zeitkompetenz* die individuellen Fähigkeiten von Menschen, ihre eigenen zeitlichen Ressourcen so zu verwenden, dass sie sowohl ihren Alltag als auch ihre Lebensbiografie souveräner gestalten können. Zeitkompetent zu sein bedeutet sowohl, Zeit produktiv zu nutzen, als auch Regenerations- und Eigenzeiten einzuplanen, die wichtig sind, um den Anforderungen des Alltags langfristig gerecht werden zu können und die eigene Lebenszufriedenheit zu erhöhen.¹⁴ Auch die Kompetenz, aktiv Grenzen zu ziehen, gehört dazu – d.h. die Möglichkeit der Familienmitglieder, Prioritäten zu setzen, d.h. äußere Anforderungen, Erwartungen anderer und persönliche Bedürfnisse in eine gute Balance zu bringen. Die Steigerung der Zeitkompetenz von Familien ist deshalb ebenfalls Ziel einer zeitsensiblen Familienpolitik.

¹³ Vgl. Mückenberger, U.: Was ist eigentlich Zeitpolitik? www.zeitpolitik.de/pdfs/WasistZeitpolitik.pdf.

¹⁴ Vgl. Held, M.: Zeitkompetenz und Zeitpolitik für mehr Zeitwohlstand, in: Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik: Zeit für Zeitpolitik, Bremen 2003.

1.3 Gewinner von Familienzeitpolitik

Familienzeitpolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zeitkonflikte zu entschärfen und Familien so zu entlasten, dass die Entscheidung für Kinder erleichtert wird und Familien das gemeinschaftliche Gut der generationenübergreifenden familialen Sorgearbeit verlässlich gewährleisten können, fällt in den Verantwortungsbereich von Bund, Ländern, Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitgeber/innen, Sozialpartner/innen, Dienstleister/innen, zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie der/des Einzelnen. Nicht nur die Familien selbst, sondern alle Akteure können, wenn auch ggf. eher langfristig, von einer gezielten Familienzeitpolitik vor Ort profitieren. Dies erfordert den Einsatz spezifischer Ressourcen, der jedoch durch ein Umdenken, etwa durch eine höhere Zeitsensibilität in der Steuerung und Planung, und durch die zeitpolitische Nutzung bereits vorhandener Möglichkeiten und Strukturen abgedeckt werden kann.

Familienzeitpolitik – ein Gewinn für Kommunen

Nicht nur Bund und Länder, sondern auch die Kommunen und alle öffentlichen Träger haben nach Art. 6 Abs. 1 GG Familien gegenüber eine Schutz- und Förderpflicht. Aufgrund des demografischen Wandels müssen sich Kommunen zunehmend als attraktiver Lebensraum für Familien positionieren. Wenn sie Familien gute Lebensbedingungen bieten, steigern sie auch ihre eigene Attraktivität als Wirtschaftsstandort.

In Deutschland haben in den letzten Jahren viele Kommunen den Stellenwert lokaler Familienpolitik für ihre Zukunftsfähigkeit erkannt und zahlreiche Angebote geschaffen, um Familien besser zu unterstützen. Die Dimension der „Zeit“ wurde dabei bislang nicht immer ausreichend berücksichtigt bzw. zu wenig im Zusammenhang der zentralen taktgebenden Akteure gedacht. Durch ihre Infrastruktur und Dienstleistungen, die Öffnungszeiten ihrer Einrichtungen, die Stadtentwicklungspolitik und den öffentlichen Personennahverkehr sind Kommunen jedoch selbst wichtige Taktgeber in der Zeitplanung von Familien.

Familienzeitpolitik erweist sich für Kommunen nicht nur deshalb als Gewinn, weil sie ihre Attraktivität für Familien erhöht, sondern auch, weil sie, z.B. durch die Einführung von

Online-Familieninformationsportalen, zur Modernisierung der Verwaltung beitragen kann. Lokale Anlaufstellen für Familien ersparen diesen nicht nur Zeit und können auf diese Weise ihre Zufriedenheit mit dem Verwaltungshandeln erhöhen; oftmals können sie zugleich auch die Effizienz des Verwaltungshandelns steigern und Beschwerdequoten senken. Die Verantwortung der Kommune liegt insgesamt vor allem auch darin, steuernd zu wirken, d.h. die Bündnispartner/innen und Akteure an einen Tisch zu holen, Partizipationsprozesse zu organisieren sowie Informationen bereit zu stellen.

Da Familienzeitpolitik alltagsbezogen ist, sollte sie als Querschnittsaufgabe verstanden werden, für die nicht nur das Familienressort und das Ressort der Kinder- und Jugendhilfe, sondern u.a. auch die Ressorts Wirtschaftsförderung, Gesundheit, Soziales, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in die Verantwortung zu nehmen sind und deren Handeln aufeinander abgestimmt werden muss. Auf diese Weise bietet sie Kommunen die Chance, gemeinsam und ressortübergreifend ein lokales Gesamtkonzept für Familien zu entwickeln. Die Kommune ist dabei auch auf andere Gestaltungspartner/innen angewiesen. In den Lokalen Bündnissen für Familie werden neue Wege der Vernetzung und Kooperation bereits erprobt.

Familienzeitpolitik – ein Gewinn für Bund und Länder

Mit ihrer Gesetzgebung und durch die Förderung relevanter Rahmenbedingungen beeinflussen auch Bund und Länder die Zeitplanung von Familien. Der Deutsche Verein hat bereits 2009 eigene zeitpolitische Empfehlungen an den Bund und an die Länder adressiert, die nach wie vor Gültigkeit besitzen.¹⁵ Er ist der Auffassung, dass Bund und Länder zu einer gelingenden lokalen Familienzeitpolitik beitragen können und selbst von den Ergebnissen profitieren. Der Bund setzt unter anderem durch das Elterngeld, die Elternzeit, die Pflegezeit, die Familienpflegezeit und das Teilzeit- und Befristungsgesetz zentrale zeitpolitische Akzente. Die Länder bestimmen den zeitlichen Alltag von Familien vor allem durch ihre Bildungs-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Die Verantwortung für eine Verbesserung der schulischen Infrastruktur ist dabei besonders relevant – auch als wichtige Voraussetzung für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen. Zeit für

¹⁵ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 513 ff.

familiale Sorgeverantwortung ermutigt Männer und Frauen nicht nur dazu, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, sondern rechnet sich langfristig auch für die Steuer- und Sozialsysteme.

Familienzeitpolitik – ein Gewinn für die Familie in der Gesellschaft

Familien erbringen Leistungen, die nicht nur den Familienmitgliedern selbst, sondern der gesamten Gesellschaft zu Gute kommen. Sie kümmern sich um das Wohlergehen der Familienmitglieder, schaffen sozialen Zusammenhalt vor Ort, wenn sie sich z.B. zivilgesellschaftlich für andere Menschen engagieren, und sie gehören auch zu den wichtigsten Investoren im sozialen Nahraum. Dies erfordert Zeit für Familienleben. Die steigende Zahl psychischer Erkrankungen wie Stress- und Erschöpfungszustände sowie Burn-out entstehen häufig durch einen Mangel an Regenerationszeit. Indem sie den Zeitwohlstand von Familien steigert, trägt Zeitpolitik dazu bei, dieses Risiko zu verringern, und verschafft Familien mehr Zeit, um sich im Bereich Kultur, Freizeit, Sport oder auch ehrenamtlich zu engagieren.

2. Methodische Herangehensweise an lokale Familienzeitpolitik

Familienzeitpolitische Initiativen sollten die Potenziale der bestehenden Strukturen der lokalen Familienpolitik nutzen und, wo möglich, mit sonstigen familienpolitischen Aktivitäten verbunden werden. Für die Umsetzung bieten sich sechs methodische Schritte an, die durchaus zeitgleich erfolgen bzw. sich überschneiden können:

- 1) Initiative ergreifen
- 2) Handlungsbedarf konkretisieren und Gestaltungsmöglichkeiten ermitteln
- 3) Lokale Bündnispartner gewinnen
- 4) Partizipative Maßnahmen entwickeln
- 5) Gemeinsame Umsetzung moderieren und steuern
- 6) Bilanzieren und neue Ziele setzen

2.1 Initiative ergreifen

Am Anfang steht der Wille, das Thema „Zeit“ auf die politische Agenda zu setzen und ein Bekenntnis zum Handlungsfeld Familienzeitpolitik auszusprechen. Dies kann z.B. darin münden, das Thema Familienzeitpolitik in die familienpolitische Leitlinie der Kommune, des Landes und auch des Bundes aufzunehmen. Einzelprojekte der letzten Jahre haben gezeigt, dass es in der Phase der Initiierung entscheidend ist, Führungspersönlichkeiten aus Politik und Verwaltung für die Idee zu gewinnen. Es bietet sich an, gemeinsam mit Bündnispartnern grundsätzliche zeitpolitische Ziele und Prioritäten des Engagements zu analysieren, erste Schritte zu vereinbaren und die Ergebnissicherung zu klären. Zuständigkeiten (wie z.B. die Rolle der Kommune und weiterer Akteure) und die Verankerung vor Ort sollten ebenso festgelegt werden wie die Frage, woran die vereinbarten Ziele später gemessen werden sollen, um Erfolge sichtbar zu machen. Die in den Lokalen Bündnissen für Familie entwickelten Strukturen, die ein vernetztes und aufeinander abgestimmtes Handeln der unterschiedlichen Akteure vor Ort ermöglichen, können eine zentrale Grundlage für zeitpolitische Initiativen bilden.

2.2 Handlungsbedarf konkretisieren und Gestaltungsmöglichkeiten ermitteln

Um zu entscheiden, wie die zeitliche Entlastung der Familien vor Ort konkret erfolgen kann, sollten die Kommunen und ihre Bündnispartner beide Seiten in den Blick nehmen: die Familien selbst und die bestehende Infrastruktur. Auf diese Weise lässt sich ermitteln, wo die Zeittakte der örtlichen Infrastrukturangebote besser aufeinander abzustimmen sind, um die häufigsten oder als sehr belastend erlebten Zeitkonflikte von Familien zu entschärfen, und wo gezielt Unterstützungsangebote geschaffen werden können, um Familien zusätzliche Familienzeiten zu ermöglichen.

Über eine Befragung der Familien zum Ausmaß ihres Zeitstress, zu den wichtigsten Zeitkonflikten und deren Ursachen können die konkreten Zeitnöte, die Familien z.B. durch unzureichende flexible Betreuungsmöglichkeiten in den Randzeiten erleben, und zeitliche Belastungen, z.B. der Eltern durch Begleitmobilität, erfasst werden. Die laufende Sozialberichterstattung stellt auch auf kommunaler Ebene Daten zur Verfügung, die unter dem Aspekt „Zeit“ ausgewertet werden können. Die Kommunen können sich auf diese Weise zudem einen Überblick über die Familienkonstellationen verschaffen, in denen

sich die zeitlichen Belastungen häufig zuspitzen (etwa über den Anteil Alleinerziehender, pflegender Familien oder der Pendler/innen).

In den letzten Jahren sind in der kommunalen Landschaft zahlreiche Angebote für Kinder, Jugendliche, Eltern, Senior/innen, Pflegende und Pflegebedürftige entstanden, die Familien in ihren täglichen Bemühungen, Fürsorgetätigkeit, Erwerbsarbeit und Freizeit miteinander zu vereinbaren, auch zeitlich entlasten. Die Anbieter dieser Leistungen, d.h. Kommunen, freie Träger, Kirchen, Unternehmen, gewerbliche Dienstleister und Vereine, sind je nach Region unterschiedlich gut miteinander vernetzt. Um die zeitpolitischen Handlungsmöglichkeiten vor Ort auszuloten, bietet sich in der Regel eine Bestandsaufnahme an, bei der die Kommunen vorhandene familienrelevante Angebote gemeinsam mit den Netzwerkpartner/innen zusammentragen, auf ihre zeitliche Harmonie und Passfähigkeit überprüfen und weitere Gestaltungsmöglichkeiten eruieren. Kommunen können diese Aufgabe auch auf ein Lokales Bündnis für Familie, ein Mehrgenerationenhaus, Familienzentrum oder Ähnliches übertragen, müssen aber Moderator des Gesamtprozesses bleiben.

Die Ergebnisse sollten auch in kommunale Planungsprozesse, z.B. in die Sozial-, Jugendhilfe- und Schulplanung, einfließen. Langfristig sollten diese die Zeitdimension integrieren, d.h. die Auswirkungen von Planungsvorhaben auf die örtlichen Zeitstrukturen und die Zeitplanung der Familien systematisch berücksichtigen.

2.3 Lokale Bündnispartner gewinnen

Im Alltag von Familien spielen zahlreiche Akteure eine Rolle, so z.B. Politik und Verwaltung, Kitas, Schulen und Horte, lokale Arbeitgeber/innen und Gewerkschaften, Kammern der Wirtschaft, Handwerker/innen, Ärzt/innen, der öffentliche Nahverkehr, der Einzelhandel, das örtliche Jobcenter, Sportvereine und Musikschulen, die Kirchen und die Bürger/innen, die sich im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements für Familien einsetzen. Familienzeitpolitik muss daher viele Akteure einbeziehen, die sich gemeinsam über Ziele, Maßnahmen und Prioritäten verständigen. In jedem Fall sollte geprüft werden, auf welche Weise die existierenden lokalen Netzwerke, Bündnisse oder Anlaufstellen zur zeitsensiblen Ausrichtung der kommunalen Familienpolitik beitragen können und es auch bereits tun.

2.4 Partizipative Maßnahmen entwickeln

Für bisherige zeitpolitische Initiativen hat es sich als gewinnbringend erwiesen, Bürger/innen in die Entwicklung konkreter Maßnahmen einzubinden, z.B. durch Befragungen, Workshops, Zukunftswerkstätten¹⁶ oder Familienforen.¹⁷ Bei der Entwicklung der Partizipationsinstrumente sollte auf die zeitlichen Ressourcen der Familien Rücksicht genommen werden. Die Beteiligung der Familien stellt sicher, dass die zeitlichen Problemlagen von Frauen und Männern mit Sorgerepflichtungen auch tatsächlich erkannt und bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden. Die Beteiligung der zentralen „Zeitgeber“, vertreten durch Beschäftigte aus der Verwaltung, aus Betreuungseinrichtungen, Dienstleistungsunternehmen etc., wiederum kann deren Befürchtung entgegenwirken, „grenzenlosen Bürgerwünschen“ ausgeliefert zu sein¹⁸ – zumal sie im Hinblick auf ihre eigenen familialen Sorgerepflichtungen selbst auf die Planbarkeit und Verlässlichkeit ihrer Arbeitszeiten angewiesen sind. Die gegenseitige Berücksichtigung der Zeitbedürfnisse kann die Aushandlung von Zeitkompromissen begünstigen, die beide Seiten als fair ansehen. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Kompromisse nachhaltig bestehen werden.

2.5 Gemeinsame Umsetzung moderieren und steuern

Familienzeitpolitik braucht die Veränderungsbereitschaft und Kooperation aller Beteiligten, um Maßnahmen konstruktiv umsetzen zu können und ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zu vermeiden. Der Deutsche Verein empfiehlt, dass die Kommunen die Moderation und Steuerung der familienzeitpolitischen Prozesse übernehmen, wobei verschiedene Formen und Ansatzpunkte denkbar sind. Die institutionelle Verankerung von Familienzeitpolitik auf lokaler Ebene hat sich bislang als

¹⁶ FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt: Handreichung Familienfreundliche Kommune, Stuttgart 2010, S. 57.

¹⁷ Possinger, J.: Kommunale Zeitpolitik für Familien – Ansätze, Erfahrungen und Möglichkeiten der Praxis. Eine Expertise der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2011, S. 38.

¹⁸ Heitkötter, M.: Stellungnahme zum vorläufigen Konzept „Möglichkeiten und Perspektiven von Zeitpolitik in Wien“, 12. Dezember 2008, in: Mairhuber, I./Atzmüller, R.: Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien, Januar 2009, S. 93.

sehr förderlich erwiesen.¹⁹ In manchen Kommunen haben sich institutionelle Anlaufstellen bewährt, die auch wichtige Impulsgeber sein können.

2.6 Bilanzieren und neue Ziele setzen

Im sechsten methodischen Schritt wird schließlich Bilanz gezogen. Es wird geprüft, welche zeitpolitischen Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, wie sich dadurch die Zeitstrukturen vor Ort verändert haben, ob die angestrebten Ziele erreicht wurden und inwiefern zeitlich belastete Familien dadurch Unterstützung erfahren. Dazu gehört auch zu prüfen, ob überhaupt Sensibilität für Familienzeitpolitik besteht. Im Hinblick auf die bereits durchgeführten Maßnahmen sollte ermittelt werden, in welchem Verhältnis Kosten und Nutzen zueinander stehen. An dieser Stelle werden schließlich auch neue Handlungsbedarfe einer lokalen Familienzeitpolitik deutlich, für die dann weitere Schritte geplant werden können.²⁰

3. Familienzeitpolitische Ansätze und Maßnahmen

Um die zeitliche Lebensqualität von Menschen zu verbessern, empfiehlt der Deutsche Verein verschiedene Maßnahmen, die sich übergeordneten und eng miteinander verbundenen Ansätzen zuordnen lassen:²¹

- Infrastrukturpolitische Ansätze
- Ansätze zur Zeitsynchronisation
- Ansätze zur Verbesserung der Mobilität
- Bildungsbezogene Ansätze.

¹⁹ Heitkötter, M.: Stellungnahme zum vorläufigen Konzept „Möglichkeiten und Perspektiven von Zeitpolitik in Wien“, 12. Dezember 2008, in: Mairhuber, I./Atzmüller, R.: Zeitpolitik in Wien – Politik zur Sicherung der Lebensqualität, Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt, Wien, Januar 2009, S. 85 ff.

²⁰ FamilienForschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt: Handreichung Familienfreundliche Kommune, Stuttgart 2010, S. 57.

²¹ Diese Systematisierung erfolgt in Anlehnung an: Heitkötter, M.: Der „temporal turn“ in der Familienpolitik – zeitpolitische Gestaltungsansätze vor Ort für mehr Zeitwohlstand in Familien, in: Heitkötter, M./Jurczyk, K./Lange, A. et.al.: Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen 2009, S. 410 ff.

3.1 Infrastrukturpolitische Ansätze – Ausbau einer zeitsensiblen Infrastruktur

Eine bedarfsgerechte Infrastruktur zählt zu den zentralen Bedingungen, die Familien in ihrer Sorgeverantwortung für Kinder und andere Angehörige unterstützen. Dieser Abschnitt thematisiert einige der lokalen Infrastrukturangebote, die entscheidend dazu beitragen können, familiäre Zeitkonflikte zu entschärfen. Neben Betreuungs- und Bildungsangeboten zählen unter anderem auch lokale Anlaufstellen für Familien oder lokale Mobilitätsstrukturen sowie städtebauliche Entwicklungen zu den grundlegenden infrastrukturellen Rahmenbedingungen der Zeitplanung von Familien.

3.1.1 *Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche*

Ein bedarfsgerechtes Angebot, vor allem an Kindertageseinrichtungen, Angeboten der Kindertagespflege, Schulen und Horten, wirkt sich nicht nur positiv auf die frühkindliche Bildung und eine gelingende Sozialisation von Kindern aus, sondern ist auch für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben zentral. Den von Bund, Ländern und Kommunen in den vergangenen Jahren angestoßenen Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige unterstützt der Deutsche Verein deshalb in hohem Maße; er hat sich dazu wiederholt geäußert.²²

Im Hinblick auf Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege spricht sich der Deutsche Verein für die qualitative Weiterentwicklung der Angebote, eine entsprechende Qualifizierung des Personals und eine an die pädagogischen Erfordernisse angepasste Personalausstattung aus, die den besonderen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsbedürfnissen Rechnung trägt und die Fachkräfte mit Familienaufgaben im Arbeitsalltag zeitlich entlastet.²³ Er fordert an den lokalen Bedarfen der Familien orientierte Öffnungszeiten²⁴ und damit eine konsequente Umsetzung von § 22a Abs. 3 SGB VIII. Auch ein integriertes Gesamtkonzept der lokalen Kindertagesbetreuung, das die Betreuungsformen Kindertageseinrichtung, Kindertagespflege und andere

²² Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz – KiföG), 2008 und: Eckpunktepapier des Deutschen Vereins zu den Herausforderungen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren, NDV 2011, 193 ff.

²³ Eckpunktepapier des Deutschen Vereins zu den Herausforderungen beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren, NDV 2011, 193 ff.

²⁴ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 515 f.

vergleichbare Angebote besser auf einander abstimmt, hält er für sinnvoll.²⁵ Für Familien ist es zudem sehr hilfreich, wenn nicht nur die vor Ort zur Verfügung stehenden Betreuungsangebote, sondern auch deren Öffnungszeiten auf den Internetseiten der Kommune auffindbar sind.

Stabile Ganztagsbetreuung ist ein wichtiger Schritt, um die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben zu erhöhen. Der Deutsche Verein empfiehlt daher den Aufbau verbindlicher und abgestimmter Kooperationsstrukturen aller lokalen Akteure von Bildung, Betreuung und Erziehung im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften.²⁶ Die Vernetzung von Betreuungseinrichtungen und Schulen mit Angeboten der Nachmittags- und Ferienbetreuung, z.B. in den Bereichen Sport oder Musik, wird in vielen Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen bereits gefördert. Unter dem Stichwort „Familiensport“ unterstützt der Bund Initiativen, die darauf abzielen, das Angebot der Sportvereine so weiterzuentwickeln, dass Sport von Familien gemeinsam und in räumlicher Nähe ausgeübt werden kann.²⁷ Familien geraten häufig auch aufgrund der Schulunterrichtszeiten unter Zeitdruck. Initiativen, die beispielsweise auf eine höhere Verlässlichkeit von Unterrichtszeiten abzielen, stellen daher ebenfalls eine zeitliche Entlastung der Familien dar.

3.1.2 Pflegegerechte Infrastruktur

Der Deutsche Verein hat in der Vergangenheit wiederholt auf den Handlungsbedarf hingewiesen, der in Bezug auf die Situation pflegender Angehöriger besteht.²⁸ Jede/r sechste Arbeitnehmer/in pflegt heute neben seiner/ihrer Erwerbstätigkeit einen unterstützungsbedürftigen Menschen – eine Zahl, die mit dem demografischen Wandel weiter steigen wird. Da in der Regel weder der Beginn noch die Dauer oder der konkrete

²⁵ Positionspapier des Deutschen Vereins zu den aktuellen Entwicklungen in der Kindertagespflege, NDV 2011, 193 ff.

²⁶ Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften, Juni 2007, www.deutscher-verein.de.

²⁷ www.familie-und-sport.de/de/familie-und-sport/das-programm-sport-bewegt-familien.

²⁸ Stellungnahme des Deutschen Vereins anlässlich der Beratung zum Entwurf eines Gesetzes zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (Familienpflegezeitgesetz) im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 19. September 2011 sowie: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Fachkräftegewinnung in der Altenpflege, NDV 2012, 272 ff. und Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Unterstützung und Betreuung demenziell erkrankter Menschen vor Ort, in: Empfehlungen für eine kommunale Infrastruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen, Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Berlin 2011.

Verlauf der Pflege absehbar sind, bringt sie die (mehrheitlich weiblichen) Pflegenden häufig an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Auch bei zeitintensiver Versorgung eines Angehörigen kann die eigene Erwerbstätigkeit ein wichtiger Ausgleich zur Pflegebelastung sein. Sie gewährleistet allerdings nicht nur soziale Kontakte und berufliche Anerkennung, sondern sie ist in der Regel auch für die eigene finanzielle und sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Pflegenden unverzichtbar. Die Zielsetzung der Familienpflegezeit, Menschen mit Sorgeverantwortung mehr Zeit für Pflege zu ermöglichen, ohne dass damit ein bislang oft nicht hinnehmbarer Einkommensverlust einhergeht, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl ist der Deutsche Verein der Auffassung, dass die Anfang 2012 eingeführte Familienpflegezeit allein nicht ausreicht, zumal kein Rechtsanspruch auf diese Leistung besteht.²⁹ Der Deutsche Verein spricht sich für eine bessere finanzielle und sozialrechtliche Absicherung der informell Pflegenden aus und hält es für sinnvoll, Pflegezeiten in der Alterssicherung nicht schlechter zu stellen als Zeiten der Kindererziehung.³⁰

Auf lokaler Ebene können Pflegende zeitlich am besten durch die Gestaltung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur entlastet werden. Insbesondere den örtlichen Pflegestützpunkten sowie den von Kommunen und Ländern etablierten Beratungsinfrastrukturen kommt die Aufgabe zu, Transparenz über bestehende Leistungsangebote und deren Finanzierung bzw. leistungsrechtliche Absicherung herzustellen. Eine qualifizierte Pflegeberatung nach § 7a SGB XI sollte professionelle wie bürgerschaftliche Unterstützungsangebote kennen und pflegende Angehörige zur Inanspruchnahme motivieren. Die Ergänzung durch aufsuchende Beratung in den betroffenen Familien hält der Deutsche Verein für sinnvoll.³¹ Gerade in ländlichen Räumen können sich auch telefonische oder internetbasierte Beratungs- und Informationsangebote als sinnvoll erweisen.³²

²⁹ Vgl. Fußn. 34.

³⁰ Empfehlungen zur Fachkräftegewinnung in der Altenpflege, NDV 2012, 272 ff.

³¹ Selbstbestimmung und soziale Teilhabe vor Ort sichern! Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gestaltung einer wohnortnahen Infrastruktur, in: Empfehlungen für eine kommunale Infrastruktur für ältere und pflegebedürftige Menschen (Fußn. 28).

³² www.pflegen-und-leben.de oder www.wege-zur-pflege.de oder www.wegweiser-demenz.de

Notwendig sind zudem Angebote der Tagesbetreuung und Tagespflege, sei es durch professionelle Anbieter oder Ehrenamtliche, die pflegende Angehörige im Alltag entlasten. Insbesondere tages- und teilstationäre Versorgungsformen und die Kombination ambulanter Pflegesachleistungen mit Tages- oder Nachtpflege (§ 41 SGB XI) schaffen Freiräume und helfen, Beruf und Pflege zu vereinbaren. Der Ausbau der Unterstützungsangebote nach § 45c SGB XI sollte im Zusammenwirken von Kommunen und Pflegekassen sowie den Trägern von Einrichtungen und Diensten der Altenpflege erfolgen und die pflegenden Angehörigen als Expert/innen in eigener Sache einbeziehen. Insgesamt sollten Koordinationsmöglichkeiten zwischen informellen und professionellen Angeboten geprüft und ggf. verbessert, lokale Pflege- und Unterstützungsnetzwerke gestärkt und flexible, kleinräumige Wohn- und Betreuungsformen für ältere Menschen gefördert werden, um Pflegende zeitlich zu entlasten.³³

3.1.3 Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen

Als weitere zeitpolitische Maßnahme im infrastrukturpolitischen Bereich empfiehlt der Deutsche Verein haushaltsnahe Dienstleistungen, die Familien in ihrem Alltag unterstützen.³⁴ Nur 16 % der Mütter und Väter im Alter zwischen 24 und 60 Jahren nutzen dieses Angebot derzeit, während es mehr als doppelt so viele gerne in Anspruch nehmen würden, um mehr Zeit für die Familie, die Regeneration oder die berufliche Entwicklung zu haben.³⁵ Auch in der häuslichen Pflege ist unabhängig vom Einkommen Bedarf an Unterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen auszumachen. Die Frage, wie die angebotenen Leistungen für einen breiteren Nutzerkreis zugänglich gemacht werden können, gilt es noch zu lösen. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass durch haushaltsnahe Dienstleistungen nicht neue sozialpolitische Probleme geschaffen werden, z.B. durch sozialversicherungsfreie Beschäftigung oder durch Niedriglohnbeschäftigung. Mehr Transparenz und Öffentlichkeit können in einem ersten Schritt durch die Einrichtung von Informationsportalen oder den Ausbau bereits bestehender Netzwerke geschaffen werden. Um ein bedarfsgerechtes Angebot zu

³³ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 516 f.

³⁴ Vgl. Fußn. 39, S. 518.

³⁵ Wippermann, C.: *Haushaltsnahe Dienstleistungen: Bedarfe und Motive beim beruflichen Wiedereinstieg. Eine repräsentative Untersuchung vom Delta-Institut für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, 2011.

gewährleisten, sollten sich diese Maßnahmen an der örtlichen bzw. regionalen Infrastruktur orientieren, die Bedingungen des Sozialraums berücksichtigen und auf die spezifischen Bedarfe der Familien vor Ort ausgerichtet sein.

3.1.4 Lokale Anlaufstellen für Familien

Lokale Anlaufstellen für Familien, wie z.B. Familienzentren oder Mehrgenerationenhäuser, können insbesondere im städtischen Raum zeitliche Entlastung im Alltag bieten, da sie die zum Teil stark fragmentierten Angebote für Kinder, Eltern und ältere Menschen vor Ort bündeln. Indem sie bisher getrennte Angebotsstränge, z.B. der Betreuung, Kindertagespflege, Pflege, Erziehungshilfe, Gesundheitsberatung oder Familienbildung, zusammenführen und Familien Unterstützung „aus einer Hand“ zukommen lassen, sparen sie Zeit.³⁶ Sie sollten sowohl Angebote für erwerbslose Familien mit einem Zuviel an Zeit vorhalten, als auch Angebote für Familien, die im Alltag unter Zeitknappheit leiden.

Als weitere Infrastrukturmaßnahme empfiehlt der Deutsche Verein daher den Auf- und Ausbau von Anlaufstellen für Familien, wie z.B. kommunale Familienbüros, die Familien niedrigschwellig und wohnortnah individuell beraten.³⁷ Ihnen fällt eine Beratungs- und „Lotsenfunktion“ zu, indem sie die für Familien so wichtige Angebotstransparenz herstellen. Sie erfüllen die Funktion eines „Schaufensters“ der lokalen Familienpolitik. Darüber hinaus können lokale Anlaufstellen für Familien auch Dienste im Zusammenhang mit monetären Familienleistungen erfüllen, zum Beispiel, indem sie Antragsformulare bereitstellen, beim Ausfüllen beraten und an die zur Leistungsberechnung und -bewilligung zuständigen Verwaltungen weiterleiten.³⁸ Auf diese Weise ersparen sie Familien überflüssige Recherche-, Wege- und Wartezeiten.

³⁶ Vgl. Rauschenbach, T.: Neue Orte für Familien. Institutionelle Entwicklungslinien eltern- und kinderfördernder Angebote, in: Diller, A./Heitkötter, M./Rauschenbach, T.: Familie im Zentrum. Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen, Verlag Deutsches Jugendinstitut, München 2008, S. 133 ff.

³⁷ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 513.

³⁸ Schwanecke, U.: Kommunale Familienbüros – Recherchebericht zur Situation der Beratungs- und Serviceleistungen für Familien in Kommunen und erste konzeptionelle Eckpunkte zum Ausbau und zur Weiterentwicklung kommunaler Familienbüros, Januar 2009. Zum Download erhältlich unter: www.deutscher-verein.de.

Eine gute Vernetzung mit den bestehenden Strukturen vor Ort ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

3.1.5 Zivilgesellschaftliches Engagement ausbauen

Die Expertenkommission des 8. Familienberichts hebt hervor, dass zivilgesellschaftliche Akteure, die Familien einen Teil ihrer Zeit als Nachbarschaftshilfe „spenden“, einen wichtigen Beitrag zur lokalen Familienzeitpolitik leisten. Informelle Hilfestellungen durch Verwandte, aber auch Freunde und Bekannte verschaffen Familien einen nicht unerheblichen Gewinn an Zeitsouveränität. Einen weiteren wichtigen Beitrag leisten organisierte Hilfen. Lokale Bündnisse für Familien haben sich in jüngster Zeit verstärkt damit auseinandergesetzt, wie diese durch Kirchen und Wohlfahrtsverbände angebotenen Nachbarschaftshilfen und Netzwerke als Teil der „Caring Communities“ koordiniert und weiterentwickelt werden können.³⁹

Der Deutsche Verein hat sich bereits 2008 dafür ausgesprochen, die bestehenden Infrastrukturangebote für freiwillig engagierte Menschen in ihrer Vielfalt weiter auszubauen. Freiwilligenagenturen/-zentren, Seniorenvertretungen und -büros, Selbsthilfekontaktstellen und zahlreiche weitere Einrichtungen in frei gemeinnütziger oder kommunaler Trägerschaft informieren und beraten freiwillig engagierte Menschen und Organisationen/Institutionen auf lokaler Ebene und qualifizieren sie ggf. weiter. Sie übernehmen auch die Funktion, sie an Hilfen nachfragende Bürger/innen weiterzuvermitteln.⁴⁰ Bestehende Angebote sollten auch im Hinblick auf die zeitliche Entlastung von Familien bestmöglich genutzt werden, um Parallelstrukturen zu vermeiden. Insbesondere im Bereich der Pflege plädiert der Deutsche Verein für ein abgestimmtes Zusammenwirken beruflicher, nebenamtlicher und ehrenamtlicher Service- und Hilfsstrukturen.⁴¹

³⁹ Achter Familienbericht: Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik, Berlin 2012, S. 84 ff.

⁴⁰ Eckpunkte des Deutschen Vereins zum sozialen bürgerschaftlichen Engagement im Gemeinwesen, 2008, www.deutscher-verein.de, S. 16.

⁴¹ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben, NDV 2009, 518.

3.2 Zeitsynchronisation – Passgenauigkeit der Taktgeber erhöhen

Zeitkonflikte entstehen immer wieder durch die fehlende Passung der familien- und alltagsrelevanten Zeittaktgeber vor Ort. Durch eine bessere zeitliche Koordination von Erwerbs-, Betreuungs-, Schul-, Behörden-, Geschäfts- und Dienstleistungszeiten sowie Wege- und Fahrzeiten können die Zeitstrukturen vor Ort besser auf die Bedürfnisse von Familien abgestimmt werden und zur zeitlichen Entlastung von Familien beitragen.⁴² Dabei ist weniger die Ausdehnung dieser Zeiten das Ziel, als vielmehr deren Harmonisierung.

Zeitsynchronisation orientiert sich an der Organisation des Alltags von Familien und umfasst viele verschiedene Lebensbereiche. Sie ist daher eine anspruchsvolle ressortübergreifende Aufgabe. Ein erster Schritt besteht darin, die wichtigsten Bündnispartner zusammen zu bringen. Die Kommune kann dabei eine strukturierende und moderierende Rolle übernehmen. Die partizipative Einbindung von Bürger/innen ist dabei zentral. Zudem ist es in jedem Fall sinnvoll, eine/n Ansprechpartner/in in der Kommune vorzusehen, welche/r die lokale Zeitsynchronisation begleitet und vorantreibt.

Da sich die zeitliche Passung lokaler Taktgeber oft an Zuständigkeitsgrenzen auf Landes- bzw. Bundesebene bricht, regt der Deutsche Verein zusätzlich die Abstimmung auf Länder- und Bundesebene an.

3.3 Verbesserung der Mobilität – Verkürzung von Wegezeiten

Auf lokaler Ebene zielt Familienzeitpolitik auch darauf ab, die Mobilität vor Ort zu verbessern und Wegezeiten zu verkürzen. Insbesondere Frauen legen im Alltag vielfältige Wegekettens zur Begleitung von Kindern und älteren Angehörigen, zum Aufsuchen von Behörden oder zur Erledigung von Einkäufen zurück. Dieser Mobilitätsbedarf wurde in der Vergangenheit durch eine städtebauliche Entwicklung verstärkt, die die Lebensbereiche des Wohnens, Arbeitens und Einkaufens tendenziell räumlich getrennt hat.⁴³ Für die Zukunft empfiehlt der Deutsche Verein daher ein

⁴² Vgl. Fußn. 47, S. 520.

⁴³ Kramer, C.: „Taxi Mama“ und noch mehr: Wegezeiten für Haushalt und Kinderbetreuung, in: Heitkötter, M./Jurczyk, K./Lange, A. et al.: Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen 2009, S. 319 ff.

Umdenken und eine zeitsensible Gestaltung der kommunalen Stadtentwicklung durch integrierte Planungsansätze. In Großstädten z.B. gehört zunehmend die Frage dazu, wie im Innenstadtbereich mehr erschwinglicher Wohnraum für Familien geschaffen werden kann. Auch die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Bildungsakteuren im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften kann Eltern und Kindern Wegezeiten ersparen.⁴⁴

Darüber hinaus sollte vor Ort geprüft werden, inwiefern bestehende Serviceangebote für Familien durch aufsuchende Angebote ergänzt werden können. Ein Beispiel hierfür sind mobile Bürgerdienste, die ihre Leistungen z.B. in Familienzentren, lokalen Unternehmen oder an wichtigen Reiseknotenpunkten (z.B. dem Bahnhof) anbieten.

Kinder legen die meisten Wege als Mitfahrende im PKW zurück. Die hohe Nutzungsquote des PKW ist zum einen auf die Multilokalität der Nachmittagsaktivitäten von Kindern zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die weitverbreitete Angst der Eltern vor Verkehrsunfällen ihrer Kinder.⁴⁵ Um eine frühe selbstständige Mobilität von Kindern zu fördern, empfiehlt der Deutsche Verein deshalb eine sichere Gestaltung des Verkehrsraums, insbesondere von Schulwegen. Sinnvoll sind z.B. kindgerechte Geschwindigkeitsniveaus, der Auf- und Ausbau eines geschlossenen Fußwege- und Fahrradwegenetzes, der Aufbau von „Walking Bus“- bzw. „Cycling Bus“-Systemen⁴⁶, die Einführung von Kinderampeln oder die Einrichtung temporärer Spielstraßen⁴⁷.

In der Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs können die zeitlichen Belange von Familien u.a. bei der Planung von Bedarfsverkehren als Ergänzung des regulären Linienverkehrs und bei der Einführung von Bushaltestellen auf Zuruf gezielt berücksichtigt werden. Darüber hinaus empfiehlt es sich zu prüfen, ob und in welchem

⁴⁴ Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau kommunaler Bildungslandschaften, Juni 2007, www.deutscher-verein.de.

⁴⁵ VCD-Position: Mit Kindern unterwegs. Anforderungen für kinder- und familienfreundliche Mobilitätsangebote. Verkehrsclub Deutschland/Deutscher Fahrradclub, Februar 2012.

⁴⁶ Eltern organisieren gemeinschaftlich eine Schulwegbegleitung für ihre Kinder. Die Schulkinder werden an festgelegten „Haltepunkten“ abgeholt und von Betreuungspersonen sicher zur Schule begleitet – zu Fuß oder per Fahrrad.

⁴⁷ Da die Einrichtung permanenter Spielstraßen mit kostenintensiven Umbauten einhergeht, gelten temporäre Spielstraßen als kostengünstige Alternative, um Verkehr zugunsten eines öffentlichen Raumes für das Spielen von Kindern zu reduzieren.

Maße die Schulzeiten bei der Planung der Abfahrtszeiten besser berücksichtigt werden können.

3.4 Bildungsbezogene Ansätze – Stärkung der individuellen Zeitkompetenz

Neben der Veränderung struktureller Rahmenbedingungen ist Familienzeitpolitik auch darauf ausgerichtet, individuelle Zeitkompetenzen zu fördern. Die Vermittlung von Zeitkompetenzen sollte auch in die präventiven Angebote der Familienbildung nach § 16 SGB VIII integriert werden. Familienbildung ist darauf ausgerichtet, Familien und ihren Mitgliedern unter Berücksichtigung ihrer lebenslagenspezifischen Bedürfnisse, Interessen und Erfahrungen Hilfen anzubieten. Wie der Deutsche Verein in der Vergangenheit betont hat, ist Familienbildung lebensweltorientiert anzubieten, um Familien bedarfsgerecht informieren, beraten, begleiten und unterstützen zu können.⁴⁸ Dazu gehört nach Auffassung des Deutschen Vereins auch der Umgang mit der Zeit im Familienalltag und im Lebensverlauf. Frauen und Männer mit Sorgeverpflichtungen können dadurch in ihrer Zeitverwendung unterstützt werden, dass sie ihre Abgrenzungsfähigkeit gegenüber äußeren Anforderungen, ihre Aushandlungsstrategien gegenüber relevanten Taktgebern (z.B. der Arbeitswelt) und ihre Fähigkeit schulen, die Folgen bestimmter Entscheidungen im Lebensverlauf für die eigene Alltags- und Lebensplanung realistisch abzuschätzen.⁴⁹ Zudem begrüßt der Deutsche Verein Angebote der Familienbildung, die den zeitlich engen Korridor, der den Familien dafür zur Verfügung steht, berücksichtigen und ihre Bildungsangebote beispielsweise auch am Wochenende durchführen.⁵⁰

⁴⁸ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Familienbildung im ländlichen strukturschwachen Raum, 2009, www.deutscher-verein.de.

⁴⁹ Erster Gleichstellungsbericht. Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. BT-Drucks. 17/6240, S. 195.

⁵⁰ Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Familienbildung im ländlichen strukturschwachen Raum, 2009, www.deutscher-verein.de.